

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 17.01.2008
im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Landrat Gerd Wiesmann

Mitglieder:

Eckart Ballenthin	Stadtlohn	
Roman Cebaus	Stadtlohn	
Magdalene Garvert	Rhede	
Hermann Horstick	Gescher	
Hans Hund	Bocholt	
Irmgard Kerkhoff	Rhede	
Paul Lensing	Borken	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Rudolf-Josef Schmitz	Heek	
Bernd Schöning	Stadtlohn	
Ursula Schulte	Vreden	
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Heinz-Josef Tönnies	Heiden	
Gabriele Wahle	Ahaus	
Heinrich Weddeling	Südlohn	Vertretung für Herrn Winfried Sperlbaum
Friedhelm Weikamp	Rhede	Vertretung für Herrn Hans Theo Peschkes
Gertrud Welper	Vreden	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues
Dr. Albert Groeneveld
Herr Wilfried Kersting
Frau Sofia Arnold
Frau Ramona Bülsing

Gast:

Kreistagsabgeordneter Friedel Sebastian

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Gerd Wiesmann eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Verabschiedung der Haushaltssatzung 2008 Vorlage: 0288/2007

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Zum Antrag 02-02 (Beitragsfreistellung des letzten Kindergartenjahres) erklärt Kreisdirektor Werner Haßenkamp auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Schulte, der Netto-Mehraufwand sei aufgrund der noch nicht abschließend feststehenden Auswirkungen des Kinderbildungsgesetzes geschätzt. Erst nach Ablauf des aktuellen Anmeldeverfahrens sei eine Spitzabrechnung möglich.

Zum Antrag 02-05 (Installation der Schulsozialarbeit) beantragt Kreisausschussmitglied Schulte den Wortlaut „an weiteren Schulen“ durch die Worte „an anderen Schulformen“ zu ersetzen. Über den geänderten Antrag solle dann in der kommenden Sitzung des Kreistages abgestimmt werden. Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, entsprechend zu verfahren.

Kreisausschussmitglied Schulte ergänzt für die Abstimmung in der kommenden Kreistagssitzung das in der Sitzungsvorlage 0133/2007 (Sitzung des Kreisausschusses am 13.09.2007) genannte Ziel in Budget 02 dahingehend, dass für 30 % der Kinder unter drei Jahren *bis 2013* ein Betreuungsangebot geschaffen werden solle. Die dazugehörige Maßnahme solle gestrichen werden.

Kreisausschussmitglied Welper stellt den Antrag 05-06 (Erstellung eines inhaltlichen Konzeptes und eines Leitbildes für das Hamaland-Museum Vreden) – nach den Hinweisen von Kreisdirektor Werner Haßenkamp und Kreisausschussmitglied Ballenthin ein Konzept sei notwendige Voraussetzung für die Umsetzung des Vorhabens und werde selbstverständlich erarbeitet – zurück.

Die Anträge 05-07 und 05-08 (Anfrage zur Einsparung im Stellenplan und diverse Anfragen zu Stellenbesetzungen) sind mit der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 13.12.2007 beantwortet worden. Kreisausschussmitglied Welper zieht diese daher zurück.

Zum Antrag 11-01 (Minimierung der Personalkosten bei der Kreisverwaltung Borken) stellt Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick heraus, eine Reduzierung der Personalkosten finde bereits seit Jahren statt. Landrat Gerd Wiesmann ergänzt, die Kosten seien gesunken, obwohl der Kreisverwaltung in der jüngeren Vergangenheit weitere Aufgaben von außen zugetragen worden seien. Kreisausschussmitglied Tönnies bemerkt, eine Personalkostenminimierung sei grundsätzlich Aufgabe von Verwaltungen, weshalb sie nicht gesondert herausgestellt werden müsse. Auch Kreisausschussmitglied Cebaus merkt an, der SPD-Fraktion sei der Antrag zu pauschal. Kreisausschussmitglied Weddelling zieht den Antrag unter Hinweis auf eine Konkretisierung und eine mögliche Einbringung für das Haushaltsjahr 2009 zurück.

Kreisausschussmitglied Cebaus regt für eine Arbeitsvereinfachung und eine nachvollziehbarere Beschlusslage an, künftig einen gleich bleibenden Rahmen zu entwickeln, in den Änderungen dann leicht eingebracht werden könnten. Auf seine Frage erklärt Dr. Albert Groeneveld, für die Zukunft schätze der Fachbereich Tiere und Lebensmittel das Risiko der Unterdeckung sehr gering ein.

Kreisausschussmitglied Ballenthin erklärt, das mit den Betroffenen weitestgehend erzielte Einvernehmen über die vorliegende Gebührensatzung sei positiv. Die Politik sei zwar nicht in der Lage, die Satzung im Detail nachvollziehen, könne sich jedoch auf das Urteil der Fachleute verlassen.

Kreisausschussmitglied Cebaus fragt, wie viele Angestellte im Kreis Borken von den Tarifverhandlungen für Angestellte in privaten und öffentlichen Schlachthöfen betroffen seien und bittet die Antwort dem Protokoll beizufügen. Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick sagt dies zu.

Antwort: Von dem seit mehreren Jahren in Deutschland bestehenden Tarifstreit sind im Kreis Borken 43 nebenberuflich beschäftigte amtliche Fachassistenten und Fachassistentinnen (frühere Bezeichnung Fleischkontrolleure) und 28 nebenberuflich in der amtlichen Fleischuntersuchung tätige praktische Tierärzte und Tierärztinnen betroffen. Die Stückvergütung, die in besonderem Maße vom Tarifstreit betroffen ist, wird in den Schlachthöfen im Kreis Borken jedoch nicht mehr angewandt, weil sich zum 1. Juli 2007 auch der Schlachthof in Legden vom privaten zum öffentlichen Schlachthof umgewidmet hat.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und die in der Anlage beigefügte Satzung des Kreises Borken über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleisch- und Fischhygiene unter Berücksichtigung der folgenden redaktionellen Änderungen zu beschließen:

In der Präambel werden die zitierten Rechtsgrundlagen in Spiegelstrich 2 und 3 durch die Vorschrift: „§ 1 Abs. 1 Nr. 1 der Zuständigkeitsverordnung Verbraucherschutz vom 11.12.2007“ ersetzt.

In § 7 wird der Betrag von 15,50 EUR durch einen Betrag von 16,50 EUR ersetzt.

**Punkt 3: Satzung über die Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen (Elternbeitragssatzung)
Vorlage: 0229/2007**

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreisdirektor Werner Haßenkamp antwortet auf die Frage von Kreisausschussmitglied Schulte, die Anmeldungen der Kinder für die Kindertageseinrichtungen würden abschließend bis Ostern erfolgen. Die Politik würde dann im Jugendhilfeausschuss informiert. Auf eine weitere Anfrage von Kreisausschussmitglied Schulte gibt er an, der Verwaltung lägen keine Hinweise auf bereits entlassene oder von einer Entlassung bedrohte Erzieher/innen vor.

Kreisausschussmitglieder Kerkhoff und Tönnies betonen, das erzielte kreisweite Einigungskonzept sei gelungen. Die Gemeinsamkeit dürfe zum jetzigen Zeitpunkt nicht durch einzelne Änderungen gefährdet werden.

Kreisausschussmitglied Schulte erwidert, eine Einigung auf Verwaltungsebene dürfe von der Politik sehr wohl überdacht werden.

Beschluss: 14 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

Der Kreisausschuss des Kreises Borken empfiehlt dem Kreistag, die vorliegende Satzung für die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch einer Tageseinrichtung für Kinder ab dem 01.08.2008 zu beschließen.

**Punkt 4: Tageseinrichtungen in Form von professionellen Spielgruppen - Spielgruppenbeitragssatzung
Vorlage: 0238/2007**

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Beschluss: 14 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag die beigefügte Satzung über die Heranziehung zu den Kosten von Tageseinrichtungen in Form von professionellen Spielgruppen (Spielgruppenbeitragssatzung) zu beschließen.

**Punkt 5: Pakt für den Sport - Abschluss einer Vereinbarung über die künftige Zusammenarbeit des Kreises Borken mit dem KreisSportBund Borken e. V. und der Europäischen Akademie des Sports Velen e. V.
Vorlage: 0247/2007**

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, dem Pakt für den Sport zuzustimmen.

**Punkt 6: Vereinbarung über die Zusammenarbeit beim Tiergartenprojekt Schloss Raesfeld
Vorlage: 0269/2007**

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues antwortet auf Anfrage von Kreisausschussmitglied Schöning, der Zuwendungsbescheid des Landes sei Anlass für die lange Vertragsdauer. Auf dessen weitere Frage erklärt er, eine Kündigung könne nur gemeinsam durch den Kreis Borken und die Gemeinde Raesfeld erfolgen, damit die finanziellen Lasten gegebenenfalls nicht einem Gewährsträger allein zufielen.

Kreisausschussmitglied Cebaus erkundigt sich, ob eine ähnliche vertragliche Vereinbarung auch mit dem Tiergarten in Velen bestünde. Lfd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues verneint dies unter Hinweis darauf, dass dort kein Verein beteiligt und kein Gebäude vorhanden sei.

Kreisausschussmitglied Schulte erklärt, für das Tiergartenprojekt Schloss Raesfeld sei nach Auffassung der SPD-Fraktion lediglich eine Anschubfinanzierung durch den Kreis Borken geplant gewesen. Sie bezweifle, dass der Kreistag bereits eine dauerhafte, regelmäßige Finanzierung des Projektes beschlossen habe und bitte, einen etwaigen Beschluss bis zu den Fraktionssitzungen am 22.01.08 vorzulegen. Ansonsten bitte sie den Gesamtzusammenhang – unter Darlegung aller bisher zum Projekt gefassten Beschlüsse und unter Mitteilung über die bisher erfolgte Finanzierung durch den Kreis Borken – darzustellen. Eine dauerhafte Finanzierung sei nach Ansicht der SPD-Fraktion nicht notwendig und für die Motivation, das Projekt langfristig mit einem möglichst großen Eigenmittelanteil zu finanzieren, schädlich.

Kreisausschussmitglied Garvert erläutert, auch die SPD-Fraktion habe in der Vergangenheit in den Beratungen des Unterausschusses für das Tiergartenprojekt gestimmt. Eine jeweils hälftige Finanzierung durch die Gemeinde Raesfeld und den Kreis Borken sei bereits vorgenommen worden. Insoweit regle die vorgelegte Vereinbarung nichts Neues. Der Betrag von 40.000 EUR sei darüber hinaus jedes Jahr mit dem Haushalt verabschiedet worden.

Lfd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues führt aus, bei der geplanten Finanzierung handle es sich um eine Fehlbedarfsfinanzierung. Sofern Überschüsse erwirtschaftet würden, seien diese in Konsequenz an die Gemeinde Raesfeld und den Kreis Borken zurückzuführen.

Lfd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick legt dar, der Betrag von 40.000 EUR sei schon immer Gegenstand der Beratung gewesen. Neu hingegen sei die Unterstützung einer Finanzvorsorgewirtschaft durch akzeptierte Rücklagenbildung von bis zu 80.000 EUR.

Kreisausschussmitglied Tönnes mahnt, das Projekt dürfe nicht auf das Zahlenwerk reduziert werden. Er sehe vielmehr eine Chance, Aufgaben in der Umweltbildung zu bündeln.

Landrat Gerd Wiesmann betont, im Rahmen des Projektes sei nicht allein der historische Tiergarten revitalisiert worden. Vielmehr bestehe dort ein vielfältiges Angebot zur Umwelt- und Landschaftskulturbildung. Daher sei es hier besonders lohnenswert, sich mit der vergleichsweise geringen Summe zu engagieren.

Kreisausschussmitglied Schulte stellt klar, die Kritik ihrer Fraktion beziehe sich nicht auf den Inhalt des Projekts. Das Projekt bewerte sie durchaus positiv. Sie bezweifle aber weiterhin, dass bereits eine Entscheidung zur dauerhaften Finanzierung im Kreistag getroffen worden sei. Eine Entscheidung über die Sitzungsvorlage sollte erst in der kommenden Sitzung des Kreistages erfolgen, nachdem die erbetenen Informationen vorlägen.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, entsprechend zu verfahren.

Beschluss: ohne Beschluss

**Punkt 7: Straßenbericht mit Straßenbauprogramm 2008 und Hochbauprogramm 2008 mit Energiebericht
Vorlage: 0257/2007**

Berichtersteller/in: Lfd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Beschluss: 15 Ja-Stimmen
3 Enthaltungen

Dem Straßenbericht 2008 sowie dem Hochbauprogramm 2008 wird zugestimmt.

Punkt 8: Andienungspflicht für Abfälle zur Beseitigung/ Änderung der Abfallentsorgungssatzung des Kreises Borken
Vorlage: 0004/2008

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreisdirektor Werner Haßenkamp erläutert ergänzend zur Vorlage, die Altfassung der Abfallentsorgungssatzung habe für die Festsetzung der Höhe der Entgelte ausdrücklich die Zustimmung des Kreises Borken festgelegt. Für die neue Fassung sei dies nicht mehr notwendig, da die Kompetenz nach einem Beschluss im Sinne der Vorlage nicht mehr bei der EGW, sondern beim Kreis Borken und damit auch beim Kreistag liege.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Schöning erklärt Kreisdirektor Werner Haßenkamp, die Mindermeinung vertrete die Ansicht, bei einer Übertragung der Entsorgungspflicht auf Dritte blieben die Andienungs-/ Überlassungspflichten bestehen.

Kreisausschussmitglied Schöning stellt heraus, die Folge der Regelung sei eine Monopolstellung für die EGW.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp entgegnet, der Kreis Borken könne sich Dritter bedienen, so dass nicht die EGW, sondern der Kreis Borken „Monopolist“ sei.

Kreisausschussmitglied Cebaus erkundigt sich nach der Bedeutung des Sternchens (*), mit dem einige Abfälle in den Anlagen zur Entsorgungssatzung gekennzeichnet seien. Kreisdirektor Werner Haßenkamp sagt eine Antwort in der kommenden Kreistagssitzung zu.

Antwort: Bei den mit Sternchen () gekennzeichneten Abfällen handelt es sich um Abfälle, die gefährliche Stoffe enthalten.*

Kreisausschussmitglied Schulte bittet, die endgültige Beratung auf die kommende Sitzung des Kreistages zu verschieben, da die Vorlage zu den Fraktionssitzungen noch nicht vorgelegen habe.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, so zu verfahren.

Beschluss: ohne Beschluss

Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 10: Anfragen

Punkt 10.1: Ergänzungsvertrag zum Entsorgungsvertrag über Planung, Bau und Betrieb eines Kompostwerkes

Kreisdirektor Werner Haßenkamp verweist auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Schulte zum weiteren Vorgehen zum Ergänzungsvertrag zum Entsorgungsvertrag über Planung, Bau und Betrieb eines Kompostwerkes auf Punkt 11.1 der Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses am 08.11.2007.

Punkt 10.2: Flugplatz Stadtlohn-Vreden

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Schulte berichtet Landrat Gerd Wiesmann, die Genehmigung der Fördermittel des Landes NRW ginge zwar Schritt für Schritt, allerdings nicht in der gewünschten Schnelligkeit, voran.

Kreisausschussmitglied Schöning merkt an, nach seinen Informationen sei die Förderung nicht in vollem Umfang erfolgt, da der Kreis Borken Förderrichtlinien nicht beachtet und Antragsunterlagen nicht vollständig eingereicht habe.

Landrat Gerd Wiesmann erläutert, der Förderumfang habe tatsächlich nicht den Erwartungen entsprochen. Zum Einen habe ein Verfahren zum Jahresende urlaubsbedingt auf Seiten der Bezirksregierung nicht mehr abschließend abgewickelt werden können. Zum Anderen seien sehr spät im Verfahren Unterlagen nachgefordert worden.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Schulte erklärt er, die Genehmigung der Fördergelder sei damit nicht gescheitert, sondern nur verschoben.

Ende des öffentlichen Teils